



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

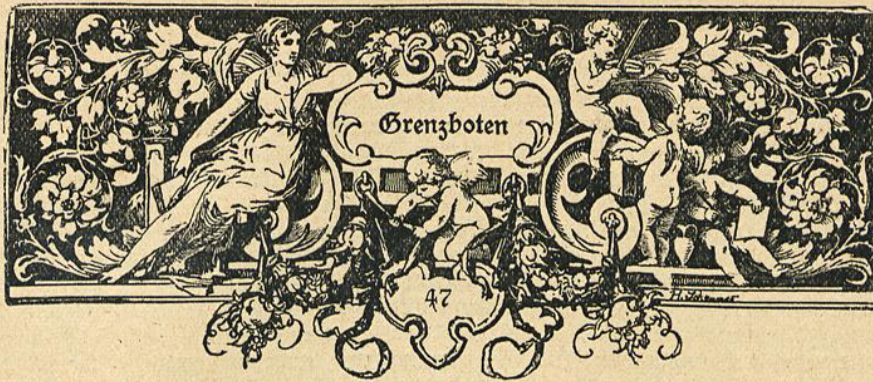
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Steger, Robert: Umgestaltung Österreich-Ungarns

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Umgestaltung Österreich-Ungarns

Don Professor Dr. Robert Steger



ie Umwälzung in Österreich schreitet so rasch vorwärts und die Vorboten einer wohl ebenso tiefgreifenden Umgestaltung in Ungarn häufen sich so sehr, daß jede Erwägung kommender Möglichkeiten von den Ereignissen selbst überholt wird. Man kann daher lediglich versuchen, die wirksamen, den Augenblick beherrschenden Kräfte aus der Vergangenheit heraus zu beurteilen. Die jüngsten Vorgänge selbst stellen freilich nicht das Ergebnis einer organischen Entwicklung dar, sondern die Folgewirkungen eines plötzlichen (für Eingeweihte vielleicht nicht einmal ganz so plötzlichen) Umschwunges in der militärischen und außenpolitischen Lage, bei dem allerdings die im Inland erwachsenen und großgezogenen Stimmungen keineswegs einflußlos waren. Aber diese: die Kriegsmüdigkeit und innere Zermürbung, die in ihrem Kern berechnete, aber über alles Maß gehende Erbitterung gegen militärischen und zivilen Bureaucratismus, gegen eine alberne und drückende Zensur, gegen die unbedachte Verordnerei und die Zentralmißwirtschaft, das durch die Fehler und Sünden der Kriegswirtschaft gesteigerte österreichische Mißtrauen gegen alles und gegen alle, die Skepsis am Staat, das Entfallen idealer Kriegsziele und damit die ausschließliche Betonung der Wagenfragen oder die Flucht in einen Allerweltpazifismus, endlich die Entfremdung, ja Abneigung gegen den opferwilligen Bundesgenossen und gegen seine angeblich den Frieden verhindernden Kriegsziele, die durch manche Ungeschicklichkeit und Schroffheit im Auftreten reichsdeutscher Kameraden, namentlich aber durch eine systematische Hetzerei ungeahnte Verbreitung fand — das alles wäre nicht entscheidend gewesen, wenn die Offensive an der Biave und die an der Marne von Erfolg gekrönt gewesen wären. Dann hätte man mit Ach und Krach aber doch auch den fünften Kriegswinter durchgehalten. Die Niederlage verstärkte dagegen alle die schwächenden Einflüsse; selbst in deutschen Kreisen, in denen man gewahrte, wie sehr das eigene Volk sich aufrieb, während die anderen gediehen, ging vielfach die Zuversicht verloren und die Lehren derjenigen, die nur im Frieden um jeden Preis Rettung sahen, wurden immer lieber gehört. Doch das Entscheidende lag nicht darin, sondern in der Wirkung der Regierungspolitik, die alle Feinde des alten Österreich groß werden ließ, ja begünstigte, wenn sie nur sich dynastisch gebärdeten, und bald auch, wenn sie dies nicht taten.

Die Aufgaben der Regierungen in Österreich und in Ungarn waren von Anfang des Krieges an schwer. In Ungarn übersah man das; man meinte durch einen siegreichen Krieg die Vormacht des Madsjarentums stärken, Österreichs Stellung im Dualismus durch systematische politische und wirtschaftliche Schwächung, geradezu durch eine gelinde Aushungerung herabdrücken, im eigenen

Land die „Nationalitäten“ durch den wirtschaftlichen Gewinn Ungarns und durch Versprechungen, aber auch durch Zwangsmaßregeln enger an das Madjarentum fesseln, die demokratische Strömung durch eine gang ungenügende Wahlreform abspießen und der Welt mit den bewährten Hilfsmitteln ungarischer Press- und Agitationspolitik nach wie vor einreden zu können, Ungarns parlamentarische Oligarchie sei eine wahrhaft demokratische Verfassung und die „Nationalitäten“ genossen die vollste Freiheit. Diese Vorspiegelungen versagten der Entente gegenüber völlig und auch den madjarenfreundlichen Reichsdeutschen kamen immer stärkere Zweifel. Dagegen wuchs die Erbitterung der ungarländischen Nationalitäten, die für ihre eigene Unterdrückung bluten sollten, und die der Oesterreicher in ungeahntem Maße. Noch als die äußere Lage immer bedrohlicher wurde, versagte man den Südslaven eine Vereinigung und größere Freiheit im serbokroatischen „Subdualismus“, mit der sie vielleicht zu gewinnen gewesen wären und forderte den „Banat Bosnien“ für Ungarn. Die Rumänen wurden in Widerspruch zu früheren Verheißungen immer stärker gedrückt. Die natürlichen Bundesgenossen der Madjaren aber, die österreichischen Deutschen, entfremdete man sich durch die Wirtschaftspolitik, durch die fortgehenden Beschimpfungen und Drohungen gegen Osterreich, und durch das Unterbleiben jeder politischen Unterstützung. Das Gefühl, man führe den Krieg nur zugunsten Ungarns und seiner Ansprüche, und die Erkenntnis, Ungarn werde durch die Verarmung Osterreichs immer reicher, verbreiteten sich überall in Osterreich und wurden eine wesentliche Ursache der wachsenden Kriegsmüdigkeit und Erschlaffung. Schließlich suchten die Madjaren ihr verzweifeltes Spiel dadurch zu retten, daß sie Deutschland verrieten und sich der Entente zuwandten; zuletzt trennten sie sich auch von Osterreich, indem sie nicht Waffenstillstand verlangten, sondern durch Waffentreckung und Neutralitätserklärung, ja durch die Versicherung, Freunde der bisherigen Feinde werden zu wollen, von diesen die Sicherung der „Integrität Ungarns“ zu erlangen suchten. Sie haben dadurch wohl alle Sympathien bei Freund und Feind verloren; vielleicht aber gewähren ihnen die Feinde aus taktischen Gründen wenigstens vorläufig günstigere Bedingungen. Dagegen haben sie es sich mit den Südslaven und den ungarischen „Nationalitäten“ durchaus verdorben.

In Osterreich standen die Regierungen von Anfang an der Segnerschaft der führenden Kreise bei Slaven und Romanen gegen den Einheitsstaat gegenüber, deren Außerungen sie wohl den Deutschen, nicht aber sich selbst und den Feinden verbergen konnten. Sie hatten die Wahl, sich entschieden für das Staatsprogramm der Deutschösterreicher zu erklären und sich auf die breiten, dynastischen und im ganzen staatsstreuen bäuerlichen Massen der andern Völker zu stützen oder aber den Forderungen nach nationaler Absonderung rückhaltslos zuzustimmen. Im ersten Fall wäre es nicht aussichtslos gewesen, mit starker aber sanfter Hand den Einheitsstaat und sein äußeres Zeichen, die deutsche Staatsprache, rechtzeitig zur Geltung zu bringen, die passiven Massen der nichtdeutschen Bevölkerung zu politisieren und an Stelle der antiösterreichischen Politiker anderen, maßvollen und ausgleichsfreundlichen zur Führung zu verhelfen. Im zweiten mußte man ebenso unverzüglich die Verwirklichung der nationalen Autonomie, oder wenn sich diese, wie zu erwarten war, als undurchführbar erwies, des nationalen Föderalismus versuchen. Man entschloß sich zu keinem von beiden Wegen, sondern schwankte zwischen Versprechungen nach der einen und vorbereitenden Schritten in der andern Richtung hin und her, wobei ziviler und militärischer Bürokratismus nicht immer die gleichen Ziele ins Auge faßte. Dabei spielte das zeitvergeudende Bestreben, die Polen für Regierungsmehrheit und Budgetbewilligung zu gewinnen, eine große Rolle, auch noch, als ihr Ausscheiden aus dem engeren Osterreich zugestanden worden war. Die Folge war, daß die Deutschen zurückgedrängt, verbittert und ihre Bürger und Bauern ohne Parteiunterschied immer mehr auf den rein nationalen Standpunkt gebracht, die Nichtdeutschen aber zu immer weitergehenden Forderungen und zum offenen Zusammenarbeiten mit den äußeren Feinden ermutigt wurden. Den Ernst ihrer, bald vom Nationalitätenbundesstaat „im Rahmen der Monarchie“ zu voller

staatlicher Unabhängigkeit fortschreitenden Programme verkannte man insbesondere in Hoffreisen so sehr, daß man glaubte, mit Versprechungen und Gnadenbeweisen die Erregung „beschwichtigen“ zu können. So gelangten schließlich von den beiden einzigen internationalen Parteien die eine, der reine Ultramontanismus, ganz ins Hintertreffen, und die andere, die deutsche Sozialdemokratie, ins nationale Fahrwasser. Diese hatte lange die nationale Personalautonomie als Allheilmittel angesehen und ihr weitere Anhänger gewonnen; scheinbar überraschend, aber im Zuge einer folgerichtigen Entwicklung (die zudem auch dem Anwachsen ihres vor allem gegen das monarchische Deutsche Reich ankämpfenden linken Flügels entsprach), gelangte sie nun auf den Standpunkt des „uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf ihrem Volksboden“ (oder „in ihrem Siedlungsgebiet“) und damit auch zur Forderung des deutschösterreichischen Nationalstaats. Da selbst die klerikale deutsche Bauernschaft auf denselben Standpunkt kam — nicht ohne Mühe wirkt ein Teil ihrer Führer wenigstens dem Eindringen der republikanischen Idee in sie entgegen —, so war der Sieg des Nationalitätenprinzips ein allgemeiner. Und aus ihm ergab sich dreierlei: das Zurücktreten der Bestrebungen, welche die „unabhängigen Nationalstaaten“ zu einem österreichischen Bundesstaat zusammenzufassen, ja auch nur einen Staatenbund auf dem Boden des bisherigen Oesterreich zu sichern suchten, und in denen das erwachte Mißtrauen der Völker Versuche zur Rettung des Einheitsstaats erblickt, die Ausdehnung der nationalen Gebietsansprüche auf ungarischen Staatsboden, auch von deutscher Seite, endlich das Anschwellen der republikanischen Bewegung.

Das Selbständigkeitsgefühl der Völker widerstrebt immer mehr nicht nur der Real-, sondern auch der Personalunion und das offensichtliche Bestreben des Monarchen, sich den Titel und Schein der Herrschaft über alle die auseinanderstrebenden Gebiete durch die Abkehr vom Deutschen Reich und aus der Hand Wilsons zu sichern, entfremdete ihm auch überzeugte Monarchisten. Vollends nachdem der Waffenstillstand auch den Südslaven drückende Bedingungen auferlegte und sie bezweifeln müssen, ob sie aus der Hand Englands, Frankreichs oder Amerikas zurückhalten können, was ihnen Italien „vorläufig“ nimmt, dürfte auch bei den Kroaten das Bemühen jener „katholischen“ Politiker vergeblich sein, die ihnen wie den Tschechen die Aussicht zeigen, durch die Wiederaufrichtung, Föderalisierung und slawische Orientierung der österreichischen Monarchie Deutschösterreich vergewaltigen und ausnützen zu können. Man hat Lammasch und seine Regierung nur als Liquidationsverwaltung anerkannt und die Friedenskonferenz der Völker für alleinbestimmend erklärt. Immerhin schart sich um diese Gruppe eine nicht unbedeutende Zahl von solchen, die mit dem alten Gesamtstaat ideale und materielle Werte zu verlieren fürchten, Hofmänner und Feudaladelige, hohe Beamte und Militärs, national farblos erzogene Offiziere und Geistliche, Geldmänner u. a. m. Je weniger die nichtdeutschen Völker aus dem Inventar des alten Oesterreich zu übernehmen geneigt sind, desto mehr davon suchen diese „schwarzgelben“ („alt-“ und „neuösterreichischen“) Kreise dem „deutschösterreichischen“ Staat aufzuhalsen, der unter dieser Fülle von Lasten und Verpflichtungen ersticken müßte, nur um den Namen Oesterreichs und den Ansaß zu dessen Neubildung zu retten. Das ist der Grund, weshalb die Deutschen immer entschiedener erklären, sie wollten keinen „Reststaat“, sondern ein neues politisches Gebilde darstellen. Ja wachsende Kreise in der Provinz lehnen deshalb auch den Namen „Deutschösterreich“ und die habenbergischen Farben Rotweißrot als Staatsfarben ab; sie verlangen „Djstmark“ und Schwarzotgold. Die Beforgnis vor den Bestrebungen der „Schwarzgelben“, die mit allen Mitteln sich zu kräftigen und zu sammeln und auf die Entente und Wilson einzuwirken suchen, verstärkt einerseits die republikanische Bewegung, andererseits aber das Verlangen nach vollem Anschluß an das Deutsche Reich, das aus dem nationalen Gefühl und der bitteren Erinnerung an die unbedankte Selbstaufopferung unseres Volks erwachsen ist. Während man darüber streitet, ob es taktisch angezeigt sei, dieses auszusprechen oder nicht, während die Meinung der Politiker auch über die

Aussichten auf seine Verwirklichung auseinandergehen, wird es immer lauter von der Bevölkerung erhoben und die deutsche Sozialdemokratie ist rasch von der bedingungsweisen Forderung nach der Vereinigung mit Deutschland zur unbedingten übergegangen. Sie hat das Wort von der „großdeutschen Republik“ geprägt. Der Anschluß an das Gesamtvolk erscheint auch ihr als der sicherste Schutz gegen alle Bestrebungen, die auf Reststaat, Bundesstaat oder Auslieferung der Ostmarkdeutschen an einen Austroslawismus hinielen und die über Nacht wieder an Kraft gewinnen können, wenn die auswärtige Lage oder die Diplomatie unserer Kriegsgegner sie begünstigt. Sagt man doch, daß manche Slawenführer der Kraft der Nationalstaaten mißtrauen und deshalb als letztes Ziel doch wieder ein festeres Gefüge anstreben, in dem sie den Deutschen gemeinsam das Joch auferlegen. Ernste Politiker versichern, daß Kramarisch in Paris für einen solchen Bundesstaat und für die Dynastie wirke, der er persönlich und für seine Sache Dank schuldet. Denn die Amnestie war die volle Kapitulation vor dem tschechischen und südslawischen Nationalstaatsprogramm, nachdem ihr mit der „voraussetzungslosen“ Einberufung des Abgeordnetenhauses die halbe vorangegangen war.

Dem politischen Geographen, der Oesterreich-Ungarns Boden als eine natürliche Einheit innerhalb des größeren Ganzen „Mitteleuropa“ ansieht, der die Nachwirkung einer Fülle von geographischen Begebenheiten und das Ergebnis einer jahrhundertelangen (freilich in den letzten Jahrzehnten in Stillstand gekommenen) geschichtlichen Entwicklung der Monarchie für solide Grundlagen eines Staatsbaus hält, liegt der Gedanke nahe, daß die neuen politischen Gebilde wieder nach engeren wirtschaftlichen und dann auch politischen Beziehungen streben werden, sobald die derzeitige Gegnerschaft und Entfremdung erst vor gemeinsamen Lebensbedürfnissen zurücktritt. Das Nationalitätenprinzip ist — wie schon die Grenzforderungen der Tschechen und Südslawen zeigen — nicht vollkommen auf der politischen Karte zu verwirklichen, und wenn es heute Trumpf ist, so mischen doch diejenigen, die es am lautesten für ihre Forderungen anrufen, ihm eine gute Dosis von unverbülltem Imperialismus bei. Es führt also nicht zu klagloser Abgrenzung und dauerndem Frieden der Völker, sondern wo die Einsicht zu einverständlichem Ausgleich fehlt oder die Sprachmischung einen solchen vereitelt, zu neuer Unbill und neuen Klagen. Das muß die gegenseitige Abneigung der neuen Staatsnationen verstärken und dauerhafter machen, und es ist daher wahrscheinlich, daß die eine wie die andere ihren wirtschaftlichen Anschluß und ihre politischen Freundschaften lieber außer- als innerhalb des Rahmens sucht, der sie bisher zusammenhielt. Diese Gefühlsmomente weisen eher auf einen späteren wirtschaftlichen Zusammenschluß eines engeren oder weiteren „Mitteleuropa“ hin, als auf eine Neubelebung des engeren historischen Oesterreich-Ungarn oder gar Oesterreichs.

Steht eine solche außerhalb des derzeitigen Gedankenkreises der meisten Deutschösterreicher, so drängt sich in diesen immer mehr die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Nachbarn über die drängenden Fragen des Augenblicks. Hier steht die Ernährungsfrage voran, sowohl um ihrer selbst willen, als auch wegen ihrer Beziehung zu den sozialrevolutionären Bewegungen, die von Rußland ausgehend, alle Staaten bedrohen und durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee insbesondere für Südösterreich und die serbokroatischen Länder eine besonders drohende Gestalt annehmen. Die Sozialdemokratie ist ebenso bedroht von bolschewikischen Gefahren wie Bürgertum und Bauern, um so mehr je größer die Kriegsgewinne der organisierten Arbeiter sind. Sie sucht daher Anschluß an jene, wenn sie auch dabei die Führung zu behaupten sucht, und schiebt daher auch nationale Forderungen neben demokratisch-politischen in den Vordergrund, auch um die Massen vom Anarchismus auf positive Ziele abzulenken. Die tschechische und südslawische Absperrung gegen Deutschösterreich, die ihm die Nahrungsmittel fernhält, um es politisch gefügig zu machen, steigert die inneren Gefahren für die Ostmark, liegt aber auch nicht im Vorteil der Slawen selbst, die ihre aufgespeicherten Vorräte doch auch absetzen müssen, und vermehrt auch für sie

die Bedrohung durch den Anarchismus, dessen sie selbst sich bereits schwer erwehren. Flutet er heute, national verkleidet, aus den Südslawenländern in das deutsche Gebiet, so kann er verstärkt aus diesem zurückfluten, um so eher, je vollständiger ausgesogen es ist. Aber auch die Slawen benötigen Produkte Deutschösterreichs, deren Ausfuhr dieses sperren muß, insbesondere die Südslawen z. B. Eisen, Textilwaren, Papier, Zündhölzer u. a. Auch die gemeinsame geographische Lage schafft gemeinsame Bedürfnisse benachbarter Länder, seien es gleichartige, seien es solche wirtschaftlicher Ergänzung. Braucht das deutsche Hinterland die slawischen Häfen, so brauchen diese die Wareneinfuhr aus jenem. Mit den Tschechen verbinden sie keine derartigen Fäden, lediglich politische. Dagegen haben sie in Ungarn und Italienern Gegner, die sie mit den Deutschen gemeinsam besser abwehren können. Verständigen sie sich mit Deutschösterreich und treten sie für dessen Forderungen, wir für ihre, geeint auf dem Friedenskongreß ein, so gewinnen beide doppeltes Gewicht. Nachbarfeindschaft ist dagegen störender, als etwa die Feindschaft der räumlich so weit entfernten Tschechen. Deshalb enthalten scheinbar scharfe Kundgebungen von südslawischer und deutschösterreichischer Seite so manche Punkte, an die sich Verständigungsversuche anknüpfen lassen, und in der That sind Verhandlungen bereits begonnen. Die im Waffenstillstand bedingenen weitgehenden Befreiungen südslawischen Gebiets durch die Italiener oder zu ihren Gunsten dürften in Agram und Laibach Empfindungen auslösen, die der Verständigung mit den Deutschen zugute kommen. So ist auf eine bessere Versorgung Deutschösterreichs und einen leidlichen Schutz der deutschen Minderheit im Süden zu hoffen. Schon Anfang November haben ja die Südslawen, welche den Bahnbetrieb im slowenischen Gebiet übernehmen und die deutschen Beamten wegschicken wollten, einsehen müssen, daß sie damit den Verkehr ernstlich gefährden, und man hat ein Abkommen über eine Art von gemeinsamem Betrieb getroffen. Ebenso sehr muß beiden Teilen daran liegen, daß Triest nicht italienisch bleibt.

Schwieriger werden Verhandlungen auch nur über den Warenaustausch zwischen Deutschen und Tschechen werden. Scheinen doch die Tschechen dem deutschen Nationalstaat nicht anerkennen und ihm die Vertretung auf dem Friedenskongreß versagen zu wollen. Darauf deutet hin, daß sie über Nahrungsmittelgefahr nach Wien nur mit der Stadt selbst, nicht mit der deutschen Nationalregierung verhandeln wollten. Über Deutschböhmen entscheidet wahrscheinlich keine Verständigung, vielleicht sogar offener Kampf; die tschechische wie die deutsche Regierung in Böhmen sucht Sprachgrenzorte mit nationalen Truppen zu besetzen. Deshalb richten insbesondere die böhmischen Deutschen ihren Blick auf Deutschland.

Die räumliche Trennung Deutschnordböhmens, der mährisch-schlesischen Gebiete, die sich zur „Provinz Sudetenland“ erklärt haben, und des geschlossenen süddeutschen Gebiets hat manche veranlaßt, an drei selbständige deutsche Staaten zu denken und sogar eine gefonderte Politik vorzuschlagen: dort Einverleibung ins Deutsche Reich, hier staatliche Selbständigkeit müsse das Ziel sein. Dabei könnten leicht alle schlecht fahren. Sie müssen einig bleiben und gegenseitig für einander eintreten. Wohl aber rechtfertigt die getrennte Lage eine weitgehende Autonomie, ja Föderalismus innerhalb des Ostmarkstaates. Auch in den Alpenländern, der Wiege des Autonomismus, ist dieser durch die letzten Ereignisse neu belebt worden. Der „Kronlandspatriotismus“ spiegelt sich in der Selbständigkeitsklärung Vorarlbergs „innerhalb des deutschösterreichischen Staats“, in dem Wiederaufleben des „Egerländer Staatsrechts“, in der Gründung des steirischen Wohlfahrtsausschusses und der Aufforderung, solche auch in den andern Kronländern zu errichten, und in der Einsetzung von Landesregierungen in Böhmen, Schlesien, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Steiermark. Der deutschösterreichische Staatsrat sah sich bald veranlaßt, allgemeine Satzungen für die Bildung von Landes-Nationalversammlungen zu erlassen. Das alles deutet nicht darauf hin, daß eine allgemeine Kreiseinteilung oder ähnliche zentralistische Einrichtungen bevorstehen. Vor allem erklären sich die Kronländer als geschlossene

Ernährungs- und Wirtschaftsgebiete. Aber unter dem Eindruck der Waffenstillstandsbedingungen, die in Deutschtirol erbittern mußten, ist es leicht möglich, daß dieses Land sich auch politisch selbständig erklärt und den Anschluß an Bayern verkündet, ja daß es damit Salzburg, vielleicht Oberösterreich mitreißt. Bis diese Zeilen gedruckt werden, wird man darin klarer sehen; sollte es aber auch nicht dazu kommen, die Stimmung, die danach drängt, ist recht verbreitet. Auf der andern Seite scheinen die Slowenen geneigt, sich eine weitgehende autonome Sonderstellung innerhalb Jugoslawiens zu sichern. Auch der tschechoslowakische Staat scheint ein autonomes Böhmen, Mähren und Slowakien (als dessen Hauptstadt man das deutschmadrjarische Preßburg beansprucht) ins Auge zu fassen. So sehen wir die Tendenz nach Nationalstaaten verbunden mit der nach innerem Föderalismus, um so mehr als der Republikanismus seinem Wesen nach föderalistisch ist. All das wirkt zusammen im Sinne einer „Balkanisierung“, einer kleinräumigen Entwicklung, die in schroffen Gegensatz zu den großräumigen Tendenzen des 19. Jahrhunderts steht. Wird sie vor dem Deutschen Reiche, wird sie vor den imperialistischen Großmächten, die uns den Frieden diktieren, haltmachen? Und wird sie von Dauer sein können? Das sind Fragen, die beantworten zu wollen vermessen wäre. Aber die Umwandlung des britischen Reichs in den imperialistischen Bundesstaat, die auch der Krieg erst vollendet hat, lehrt uns, daß Überraschungen und neue Formen keineswegs unmöglich sind.



## Die Entwicklung des sozialdemokratischen Programms

Von Dr. Max Hildebert Boehm

**D**um Verständnis der jüngsten Ereignisse und zur Beurteilung der Haltung, die die verschiedenen Strömungen unserer gegenwärtigen Sozialdemokratie zu den großen Zukunftsfragen unseres staatlichen Lebens einnehmen, ist eine Vertiefung in die geschichtliche Entwicklung des sozialdemokratischen Programms unerlässlich. Gerade die äußerste Linke ist trotz ihres Radikalismus insofern die konservativste Richtung der Sozialdemokratie, als sie mit orthodoxer Starrheit an den durch Marx aufgestellten Grunddogmen der Parteilehre festhält. Schon damit ist gesagt, daß die Geschichte des sozialdemokratischen Programms nicht lediglich antiquarisches, sondern ein durchaus aktuelles Interesse bietet. In all seinen historischen Stufen ist das sozialdemokratische Programm auch heute noch politische Wirklichkeit, ein wesentlicher Faktor der zukünftigen Geschichte unseres Volkes in einem Augenblicke, wo die Sozialdemokratie die Verantwortung dafür auf sich genommen hat.

Der Ausgangspunkt der Entwicklung des Programms der deutschen Sozialdemokratie, ihr Katechismus gewissermaßen ist das Kommunistische Manifest, das von Marx und Engels Ende 1847 im Auftrage des in London tagenden Bundes der Kommunisten verfaßt wurde. Der Gedankengang dieser schwungvollen, literarisch höchst wirksamen Programmschrift ist in Kürze der folgende:

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Die letzte Epoche hat die Klassengegensätze zu der Doppelung von Bourgeoisie und Proletariat vereinfacht. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisieklasse verwaltet. Das Wirtschaftssystem der Bourgeoisie, das revolutionierend wirkt, hat den ungrenzten nationalen Markt zum Weltmarkt erweitert. Die feudalen Wirtschaftsverhältnisse hat es durch die freie Konkurrenz bei starker Konzentration von Produktions-